



**Geschäftsführung
Gesundheitsausschuss**

Herr Kaune

Telefon: (0221) 221-24831

Fax: (0221) 221-26500

E-Mail: volker.kaune@stadt-koeln.de

Datum: 02.04.2014

Niederschrift

über die **Sitzung des Gesundheitsausschusses** in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, dem 04.02.2014, 17:07 Uhr bis 18:25 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theoburauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzende

Frau Cornelia Schmerbach SPD

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Michael Paetzold SPD
Frau Ursula Gärtner CDU
Herr Dr. Jürgen Strahl CDU
Frau Katrin Barion GRÜNE
Herr Stefan Peil GRÜNE
Frau Bettina Houben FDP

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Frau Jana Schiele Pro Köln
Frau Uschi Röhrig Die Linke.Köln

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Elke Bussmann SPD
Herr Sven Kaske auf Vorschlag der SPD-Fraktion
Herr Hartmut Steffens auf Vorschlag der CDU
Herr Dr. Jürgen Zastrow CDU
Herr Thomas Eichmüller auf Vorschlag der Grünen
Herr Robert Gaida auf Vorschlag der FDP

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Dr. Martin Theisohn Seniorenvertretung der Stadt Köln

Frau Uta Grimbach-Schmalfuß

Sozialverband Deutschland e.V. Bezirk Köln-Leverkusen-
Rhein-Erftkreis

Verwaltung

Frau Dr. Anne Bunte

Herr Johannes Feyrer

Herr Stadtdirektor Guido Kahlen

Herr Prof. Dr. Dr. Alex Lechleuthner

Herr Stephan Neuhoff

Frau Beigeordnete Henriette Reker

Herr Bernd Rosenberger

Frau Dr. Kerstin Seht

Herr Jörg Simon

Herr Prof. Dr. Gerhard Wiesmüller

Schriftführer

Herr Volker Kaune

Gäste

Herr Heinz Brandenburg

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Barbara Brunelli

GOL

Frau Felicitas Vorpahl-Allweins

Seniorenvertretung der Stadt Köln

Frau Michaela Diers

AIDS-Hilfe Köln e.V.

Herr Thilo Fußén

Schwips e.V.

Frau Gisela Grüßer

VdK Köln

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach begrüßt die Anwesenden zur Sitzung des Gesundheitsausschusses.

Da dies die letzte Ausschusssitzung ist, an der Herr Neuhoff als Leiter des Amtes für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz vor seinem Eintritt in den Ruhestand teilnimmt, nimmt die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach dies zum Anlass, Herrn Neuhoff im Namen des Gesundheitsausschusses für seine Tätigkeit zu danken. Sie nennt einige herausragende Themen seiner knapp 25-jährigen Amtszeit:

- Großschadenereignis Waidmarkt
- Brand bei INEOS
- Ausgleich der geleisteten Mehrarbeit in Höhe von 6,64 Mio € als Vorreiter in Nordrhein-Westfalen

- Neues Schichtmodell im Bereich Brandbekämpfung (48 Std.) und im Bereich Rettungsdienst (12 Std.)
- 100 Mehrstellen zur Anpassung an das europäische Arbeitszeitmodell
- Aktualisierung Rettungsdienstbedarfsplan
- Anstehende Aktualisierung Brandschutzbedarfsplan
- Initiative zur Mitarbeiterbefragung zur Gesundheit
- Großes Investitionsprogramm für den Finanzplanungszeitraum 2013-2017 davon
 - 100 Mio € Bauprogramm insbesondere
 - Feuerwache 5 (ist auf der heutigen Tagesordnung)
 - Feuerwache 10 (Gummersbacher Straße)
 - Kalkberg
 - 40 Mio € Ersatzbeschaffungen

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach wünscht Herrn Neuhoff im Namen des Gesundheitsausschusses alles Gute für die Zukunft für sich und seine Familie.

Herr Neuhoff, der Leiter des Amtes für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz, bedankt sich beim Gesundheitsausschuss ausdrücklich für die faire und in seiner gesamten Zeit herausragende, fachlich geprägte Zusammenarbeit. Er gebe die Verantwortung gerne in jüngere Hände ab.

Da sich die beiden Tagesordnungspunkte 3.1 und 6.3 beide mit den Ereignissen bei Shell befassen, werden diese auf Vorschlag der Ausschussvorsitzenden RM Frau Schmerbach und unter Zustimmung der Ausschussmitglieder zusammen unter Punkt 3.1 behandelt.

Weitere Änderungswünsche oder Anregungen zur Tagesordnung gibt es nicht. Somit wird die Tagesordnung inklusive der Nachtragstagesordnung wie folgt festgelegt:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A. Verpflichtung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern gemäß § 5 der Hauptsatzung

B. Kinder- und Jugendgesundheit in Köln - aktuelle Ergebnisse (Frau Dr. Sehrt)

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

- 3.1 Unfall bei der Shell Raffinerie
Beantwortung der Fragestellungen der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln sowie der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen im Kölner Rat
hier: AN/0180/2014
0355/2014

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

5 Beschlussvorlagen

- 5.1 Generalsanierung und Erweiterung der Hauptfeuerwehrzentrale Köln Weidenpesch
3892/2012
- 5.2 Zusetzung von 4,5 auf drei Jahre befristete Stellen für das durch das Landeszentrum Gesundheit Nordrhein-Westfalen geförderte Projekt "Optimierung von Früherkennung und Versorgung von Kindern und jungen Menschen mit Zeichen einer psychischen Störung"
4105/2013
- 5.3 Schenkung von 8 Perfusoren für die Rettungsdienstschule durch den Verein zur Förderung des Brandschutzes in der Stadt Köln e.V.
4208/2013

6 Mitteilungen

- 6.1 Stadtentwässerungsbetriebe (StEB), AöR: Forschungsprojekt 4. Reinigungsstufe "AdOx Köln" auf der Kläranlage Rodenkirchen
1808/2013
- 6.2 Fachtagung zum Thema "Junge Menschen mit psychischen Problemen in Köln"
0292/2014
- 6.3 Brand eines mit 4.000m³ gefüllten Toluol-Tanks bei der Shell Deutschland Oil GmbH, Rheinland Raffinerie Godorf
Hier: Mitteilung zum Verlauf des Ereignisses und den getroffenen Maßnahmen zur Gefahrenabwehr
0262/2014
- 6.4 Jahresbericht der Koordinatorin für das MRE-Netzwerk in Köln 2013
0338/2014
- 6.5 "Köln für Kinder- Das Netzwerk für Schwangere und Familien" im Kontext der frühen Hilfen.
Aufbau des „Wiki Köln für Kinder“, als Informations- und Kommunikationsplattform für die Fachkräfte des Netzwerkes.
0335/2014

7 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

8 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

9 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

10 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

11 Beschlussvorlagen

12 Mitteilungen

13 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

A. Verpflichtung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern gemäß § 5 der Hauptsatzung

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach verpflichtet Frau Elke Bussmann, die vom Rat als sachkundige Einwohnerin für den Gesundheitsausschuss bestellt wurde, mit dem dafür vorgegebenen Text.

B. Kinder- und Jugendgesundheit in Köln - aktuelle Ergebnisse (Frau Dr. Sehr)

Die neue Leiterin des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes, Frau Dr. Kerstin Sehr, stellt sich vor und präsentiert anhand eines der Niederschrift beigelegten Folienvortrags aktuelle Ergebnisse der Untersuchungen im Kinder- und Jugendgesundheitsdienst, insbesondere der Schuleingangsuntersuchungen 2012/2013.

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach bedankt sich für den informativen Vortrag und eröffnet die Fragerunde.

RM Herr Dr. Strahl fragt nach, ob es Erhebungen darüber gebe, ob sich mit der Übermittagsbetreuung der Kinder eine Verbesserung hinsichtlich der Übergewichtsproblematik zeige.

Frau Dr. Sehr informiert, dass keine flächendeckenden und jahrgangsübergreifenden Erhebungen zum Gewicht von Schulkindern durchgeführt würden.

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach fragt nach den Ursachen für die geringeren Impfraten in Gebieten, in denen der Anteil der sog. benachteiligten Kinder geringer sei.

Nach Aussage von Frau Dr. Sehr gebe es hierüber keine Untersuchungen, sie mutmaßte allerdings aus Einzelgesprächen, dass neben philosophischen und religiösen Gründen von den Eltern mit höherem Bildungsstatus Nutzen und mögliche Impfrisiken anders abgewogen würden.

SE Herr Dr. Theisohn weist auf die ähnliche Verteilung von U8-Untersuchungen und den Adipositas-Zahlen hin. Er möchte wissen, ob und wenn welche Maßnahmen die Stadt ergreife, um den Betroffenen helfen zu können und steuernd einzugreifen.

Frau Dr. Sehr erläutert, dass das Gesundheitsamt selbst nicht die Möglichkeit habe, flächendeckend geeignete Projekte in Schulen und Kindergärten durchzuführen, weist aber auf Projekte wie „Gesund macht Schule“ in einzelnen Stadtteilen hin.

Die Leiterin des Gesundheitsamtes, Frau Dr. Bunte, ergänzt, dass es immer wieder Ansätze in besonders kritischen Bereichen gebe, dort nicht nach dem Gießkannenprinzip sondern mit gezielten Projekten tätig zu werden. Dies beginne bereits in der Kita, wo man sich mit unterschiedlichen Projekten engagiert der Aufgabe stellt, den Kindern, die die Kita besuchen, das notwendige Wissen mitzugeben. Bei den Grundschulen müsse noch die Vielfalt der Aufgaben berücksichtigt werden. Die Stadt unterstütze bei dem Thema „Ernährung“ u.a. mit Hilfe des Arbeitskreises Zahngesundheit im Rahmen der personellen Möglichkeiten. Die dort geleistete Beratungstätigkeit sei auch mit einer Ernährungsberatung verbunden.

SE Herr Eichmüller weist auf einen Zusammenhang von gesunder Ernährung und Schulspeisung hin, befürchtet, z.B. durch eine Schließung von Mensen wie im Schulzentrum in Zündorf kürzlich geschehen, negative Auswirkungen. Er fragt nach Defizi-

ten in der Essenversorgung der Kinder durch die Veränderungen in der Schullandschaft in Köln. Er stellt die Frage, in wie vielen Schulen es hier Handlungsbedarf gebe. Frau Beigeordnete Reker nimmt die Fragestellung gerne mit, betont aber zugleich, dass die Schulspeisung nur einen Teil zur gesunden Ernährung beitragen könne, aber den Effekt habe, den Kindern zu vermitteln, dass gesunde Kost auch gut schmecken könne.

SB Frau Houben begrüßt die dargestellte Zunahme an U-Untersuchungen. Sie weist noch darauf hin, dass ein Widerspruch zwischen der Ablehnung des Impfschutzes durch die Eltern bei einigen Kindern auf der einen Seite und der Inanspruchnahme der Reiseimpfungen auf der anderen Seite bestünde. Sie betont, dass der Impfschutz der Kinder auch die Weitergabe dieser Krankheiten in der Bevölkerung verhindere.

RM Herr Peil begrüßt die Quote von über 90 % der Kinder, die an den U-Untersuchungen teilnehmen, sieht aber auch, dass gerade in „problematischen“ Stadtteilen eine bestimmte Anzahl von Kindern nicht erreicht werde. Er fragt nach der Möglichkeit einer Erhöhung dieser Quote in Zusammenarbeit mit dem Amt für Kinder, Jugend und Familie.

Frau Dr. Bunte weist darauf hin, dass eine Quote von 100% allein aufgrund von Zuzügen und Wegzügen nicht erreicht werden könne. Sie weist auf das Engagement von Kinderärzten wie Herrn Dr. Geiss in Chorweiler hin. Gerade beim Thema Inanspruchnahme von Früherkennungsuntersuchungen oder Maßnahmen zum Impfschutz werde auch mit Unterstützung von anderen Gesundheitsberufen versucht, die Eltern über den Impfschutz zu informieren. Eltern, die hier eine festgefahrene Meinung hätten, könnten allerdings nicht erreicht werden.

Sie hofft dennoch auf einen Bewusstseinswandel, auch aufgrund der Tatsache, dass bekannt werde, dass immer mehr Jugendliche an klassischen Kinderkrankheiten erkrankten, die im zunehmendem Alter schwerwiegendere gesundheitliche Folgen haben können.

1 Gleichstellungsrelevante Themen

Keine

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

Keine

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Unfall bei der Shell Raffinerie

Beantwortung der Fragestellungen der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln sowie der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen im Kölner Rat

hier: AN/0180/2014

0355/2014

Dieser Tagesordnungspunkt wird aufgrund des thematischen Zusammenhangs mit dem Einverständnis der Ausschussmitglieder zusammen mit TOP 6.3 besprochen.

RM Herr Paetzold bedankt sich für die ausführliche Beantwortung der Anfrage. Hier zeige sich, dass die Feuerwehr sehr gut gearbeitet habe.

RM Herr Peil weist auf die Gesundheitsgefahren durch Toluol hin und fragt sich, ob die Firma Shell mit diesen Risiken in geeigneter Weise umgehe oder ob die Möglichkeit bestünde über die Bezirksregierung Einfluss auf den Umgang der Firma mit Unfällen zu nehmen.

SB Frau Houben fragt nach dem Ablauf der Informationskette bei diesem Ereignis, da diese aus der Kombination der beiden Tagesordnungspunkte nicht eindeutig zu erkennen sei.

Herr Neuhoff als Leiter des Amtes für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz teilt mit, dass das Ereignis um 14:58 Uhr stattgefunden habe und die Leitstelle der Kölner Feuerwehr um 15:00 Uhr von der Leitstelle Rhein-Erft über eine Explosion mit Rauchentwicklung informiert worden sei. Die Einsatzkräfte seien sofort ausgerückt, noch ohne genau zu wissen, was explodiert sei. Um 15:05 Uhr sei ein Anruf der Firma Shell eingegangen, dass es einen Tankbrand gebe. Dieses sei um 15:09 Uhr schriftlich bestätigt worden.

Problematisch sei die Beurteilung, ob ein Sirenenalarm ausgelöst werden müsse. Diese hänge von der Beurteilung der Einsatzkräfte, entweder bei der Firma Shell oder beim Einsatzleiter der Kölner Berufsfeuerwehr ab. Ab einer bestimmten Alarmstufe (D3) sei zwingend von der Leitstelle aus Sirenenalarm auszulösen. Das Werk hätte somit die Möglichkeit, im Bedarfsfall mit einem Anruf in der Leitstelle der Kölner Berufsfeuerwehr einen Sirenenalarm auslösen zu lassen. Diese Stufe war nach Beurteilung der Firma Shell nicht erreicht. Nachträglich bewertet habe es keine Gefahr für die Bevölkerung gegeben. Er weist noch auf das stattgefundene Gespräch mit der Firma Shell und der Bezirksregierung am 04.02.2014 hin, in dem nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen worden sei, wie in solchen Fällen zu verfahren ist.

RM Herr Dr. Strahl weist auf neuere Erkenntnisse hinsichtlich der Ursache des Vorfalles hin und fragt nach, ob sich aus diesem Vorfall Maßnahmen zum Schutz bestimmter Abschnitte auf dem Gelände ergäben.

Herr Neuhoff als Leiter des Amtes für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz teilt mit, dass die Ursache zurzeit von einem Gutachter untersucht werde und dies aller Erfahrung nach mehrere Wochen dauern könne. Die eigentlichen Schutzmaßnahmen hätten bestimmungsgemäß funktioniert. Beim Eintreffen der Feuerwehr seien die Berieselungsanlagen an den Nachbartanks in Betrieb gewesen. Hinsichtlich weitergehender Maßnahmen verweist er hier auf das zuständige Dezernat 53 der Bezirksregierung.

Frau Beigeordnete Reker teilt ergänzend mit, dass sich Herr Oberbürgermeister Roters der Angelegenheit angenommen habe und ein persönliches Gespräch mit der Regierungspräsidentin und der Firma Shell führen werde um zu klären, wie zukünftig mit solchen Dingen umgegangen werde. Dieses Gespräch werde vom Umwelt und Verbraucherschutzamt vorbereitet und über das Ergebnis werde in den zuständigen Gremien berichtet.

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach bittet noch darum, dass die Beantwortung der Anfrage auch den Bezirksvertretungen Rodenkirchen und Porz zur Kenntnis gegeben werde.

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Keine

5 Beschlussvorlagen

5.1 Generalsanierung und Erweiterung der Hauptfeuerwehrzentrale Köln Weidenpesch 3892/2012

RM Herr Peil teilt mit dass die Vorlage im Bauausschuss am 03.02.2014 ohne Votum in den Rat verwiesen worden sei. Er gehe davon aus, dass die Vorlage im Rat entschieden werde

RM Herr Dr. Strahl schließt sich dem an und regt an, dass die Vorlage ohne Votum in den Rat geschoben werde.

Beschluss:

1. Der Rat genehmigt die Kostenberechnung zur Generalsanierung und Erweiterung der Feuerwehrhauptzentrale und dem Neubau eines Gerätehauses für den Fernmeldedienst der Freiwilligen Feuerwehr Köln, Scheibenstr. 13, 50737 Köln-Weidenpesch mit Gesamtkosten von 39,38 Mio Euro und beauftragt die Verwaltung mit der Weiterplanung, Submission und Baudurchführung
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Prüfung, ob das Projekt „Nutzung Wärme aus Abwasser“ im Rahmen dieses Bauprojektes Anwendung finden kann. Unter der Voraussetzung einer positiven Standortanalyse (Ergebnis des Gutachtens) wird die RheinEnergie Köln die gesamten Investitionskosten sowie weiteren Betriebskosten zum Betreiben der Energiegewinnung „Wärme aus Abwasser“ übernehmen. Die Stadt Köln (Feuerwehr) wird weiterhin den verbrauchsabhängigen Vergleichspreis entrichten, so dass bei der EU-subsidierten Nutzung der regenerativen Energie „Wärme aus Abwasser“ keine Mehrkosten (Investitions- und Betriebskosten) aber auch keine wirtschaftlichen Vorteile entstehen.
3. Die RheinEnergie hat Interesse, Teile der Dachflächen für eine Photovoltaikanlage zu nutzen. Für die Feuerwehr entstehen bei der Umsetzung dieser Maßnahme keine Kosten, allerdings auch keine wirtschaftlichen Vorteile. Für die RheinEnergie dient dieses Projekt auf dem Dach der Feuerwehrhauptzentrale neben dem Aspekt der Stromgewinnung als Leuchtturmprojekt. Insgesamt kann diese Maßnahme das Image der Stadt Köln als zukunftsorientierte und auf Nachhaltigkeit bedachte Stadt nur positiv unterstützen. Der Rat beauftragt die Verwaltung, dieses Projekt gemeinsam mit der RheinEnergie zu realisieren.
4. Der Rat beschließt die erste Freigabe der zur Baudurchführung notwendigen Mittel in Höhe von 9.050.000 Euro im Teilfinanzplan 0212, Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst, bei Zeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen, bzw. Finanzstelle 3701-0212-5-5400 „Generalsanierung FW5 (7.650.000€) und 3701-0212-0-5700 „Gerätehaus Fernmeldedienst“ (1.400.000€), Haushaltsjahr 2013.

Die Abschreibungen sind im Teilergebnisplan 0212 bei Zeile 14 veranschlagt.

Sofern die Bezirksvertretung keine gegenteilige Stellungnahme abgibt, verzichtet der Bauausschuss und der Gesundheitsausschuss auf eine erneute Vorlage. Die Bezirksvertretung 5 ist nicht entscheidungsbefugt, da sich für den Standort einer Feuer- und Rettungswache die im Brandschutz- und Rettungsdienstbedarfsplan ausgewiesenen Ziele nicht am Stadtbezirk orientieren, sondern die flächendeckende Versorgung des

Stadtgebietes im Vordergrund steht.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig ohne Votum an den Rat verwiesen.

5.2 Zusetzung von 4,5 auf drei Jahre befristete Stellen für das durch das Landeszentrum Gesundheit Nordrhein-Westfalen geförderte Projekt "Optimierung von Früherkennung und Versorgung von Kindern und jungen Menschen mit Zeichen einer psychischen Störung" 4105/2013

Die Ausschussvorsitzende lobt die sehr gute und erfreuliche Vorlage.

Beschluss:

Der Rat beschließt unter dem Vorbehalt der Umsetzung der angekündigten Förderung durch das Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter (MGEPA) die auf drei Jahre befristete Zusetzung von 4,5 Stellen für das Projekt „Optimierung von Früherkennung und Versorgung von Kindern und jungen Menschen mit Zeichen einer psychischen Störung“, welches durch das Gesundheitsamt durchgeführt werden soll (Projektstart 15.03.2014, Projektende 14.03.2017).

Es handelt sich um folgende Stellen:

2,0 Stellen Facharzt / Ärztin für Kinder- und Jugendpsychiatrie Vgr. Ib/Ia BAT (E 15 TVöD)

1,0 Stelle Sozialarbeiter/in / -pädagog/e/in S 12 TVöD - SuE

1,5 Stellen Arzthelfer/in Vgr. VIII/VII BAT (E 3 TVöD)

Der Rat beschließt somit die befristete Zusetzung der o.g. Stellen zum Stellenplan 2015. Bis zum Inkrafttreten des Stellenplans wird verwaltungsintern eine entsprechende Verrechnung bereitgestellt.

Der Personalaufwand (Anlage 1) für die Jahre 2014 ff refinanziert sich auf Basis der für 2014 ermittelten Werte durch die Fördergelder des Landes.

Der Sachaufwand (Anlage 1) sowie die Auszahlung für Investitionen werden aus den im Teilplan 0701 - Gesundheitsdienste – veranschlagten Mitteln finanziert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.3 Schenkung von 8 Perfusoren für die Rettungsdienstschule durch den Verein zur Förderung des Brandschutzes in der Stadt Köln e.V. 4208/2013

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach spricht dem schenkenden Verein den ausdrücklichen Dank des Ausschusses aus.

Beschluss:

Der Rat bedankt sich bei dem Verein zur Förderung des Brandschutzes in der Stadt Köln e.V. für die Schenkung von 8 neuen Perfusoren mit Zubehör mit einem Gesamtwert von 22.586,29 €.

Der Rat nimmt die Schenkung der 8 Perfusoren, die in der Aus- und Fortbildung des Rettungsdienstpersonals in der Rettungsdienstschule der Berufsfeuerwehr Köln eingesetzt werden, an. Die Berufsfeuerwehr trägt die Kosten für die jährlichen sicherheitstechnischen Kontrollen in Höhe von ca. 600,00 € p.a. und eventuell anfallende Instandhaltungskosten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6 Mitteilungen

6.1 Stadtentwässerungsbetriebe (StEB), AöR: Forschungsprojekt 4. Reinigungsstufe "AdOx Köln" auf der Kläranlage Rodenkirchen 1808/2013

Der Leiter der Hauptabteilung Betrieb, Klärwerke und Netze der Stadtentwässerungsbetriebe (StEB) AöR, Herr Brandenburg, erläutert den Text der Mitteilung über das von der SteB AöR geplante Forschungsvorhaben zur Entfernung von Spurenstoffen aus dem Abwasser als 4. Reinigungsstufe auf der Kläranlage Rodenkirchen.

RM Herr Dr. Strahl fragt nach, ob die beiden physikalischen und chemischen Verfahren nebeneinander oder nacheinander ablaufen sollen.

Herr Brandenburg erläutert, dass die Forschungsanlagen technisch so konzipiert seien, dass sowohl einzeln als auch nacheinander ablaufen könnten. Sollte sich aus dem Forschungsvorhaben ergeben, dass beide energieaufwändigen Verfahren gebraucht werden, sei dies sehr kostenintensiv.

RM Herr Dr. Strahl fragt nach, ob die Kohlefilter nicht bereits vorhanden seien.

Herr Brandenburg informiert hier, dass die Kohlefilter in der Wasseraufbereitung als „Polzeifilter“ bei Verunreinigungen eingesetzt würden. In der Abwasserbranche sei die Kohlefiltration kein gängiges Verfahren, da sich die Kohlefilter ohne aufwändige Vorbehandlung schnell zusetzen.

Auf die Frage von RM Herrn Peil, in welcher Stufe der Reinigung das Verfahren eingesetzt würde, erläutert Herr Brandenburg die 4 Stufen:

1. Stufe: mechanische Klärung
2. Stufe: biologische Reinigung
3. Stufe: Filtration
4. Stufe: Spurenstoffentfernung

Das Forschungsvorhaben zielt darauf hin, dass die Filtrationsanlagen, die für die biologische Reinigung nicht mehr benötigt würden, für die Spurenstoffentfernung umgerüstet würden.

Weiterhin fragt RM Herr Peil noch nach der Gefährdungseinschätzung für die Rest-

stoffe, die nach der Spurenstoffentfernung noch übrig blieben. Die Auswirkungen auf Flora und Fauna speziell in den primär betroffenen Gewässern seien laut Herrn Brandenburg noch nicht erforscht, zu der Relevanz gebe es in der Fachwelt unterschiedliche Auffassungen .

RM Herr Peil erläutert den Hintergrund seiner Frage. Falls sich herausstelle, dass einige besonders gefährliche Stoffe nach der Reinigung übrig blieben, sollte eine politische Initiative auf kommunaler und anderer Ebene ergriffen werden, damit diese Stoffe erst gar nicht ins Abwasser gelangen.

Herr Brandenburg betont, dass dies auch im Bestreben der StEB läge und diese in ihren Interessensvertretungen für eine Kennzeichnungspflicht und Auflagen für die Inverkehrbringung solcher Stoffe einsetze.

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach bedankt sich bei Herrn Brandenburg für den informativen und in fachspezifischer Sicht aufklärenden Vortrag.

6.2 Fachtagung zum Thema "Junge Menschen mit psychischen Problemen in Köln"
0292/2014

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach wirbt bei den Ausschussmitgliedern für eine Teilnahme an dieser Veranstaltung am 17.02.2014.

6.3 Brand eines mit 4.000m³ gefüllten Toluol-Tanks bei der Shell Deutschland Oil GmbH, Rheinland Raffinerie Godorf
Hier: Mitteilung zum Verlauf des Ereignisses und den getroffenen Maßnahmen zur Gefahrenabwehr
0262/2014

Dieser Tagesordnungspunkt wurde zusammen mit Tagesordnungspunkt 3.1 behandelt.

6.4 Jahresbericht der Koordinatorin für das MRE-Netzwerk in Köln 2013
0338/2014

SB Frau Barion begrüßt die positive Mitteilung und die Weiterentwicklung des Netzwerkes.

Sie fragt nach

- a) der genaueren Ausgestaltung der erwähnten Sicherstellung der Strukturqualität als Qualitätsziel (Seite 2) und
- b) nach dem auf Seite 3 erwähnten Arbeitskreis zur Vereinheitlichung der Diagnostik und Beurteilung der in Köln tätigen Labore. Es lese sich so, als sei es eine heterogene Gruppe und bittet um eine genauere Beschreibung.

SB Frau Houben ergänzt den Fragenkatalog mit der Fragen nach

- c) der Zeitschiene zu den Aktivitäten im niedergelassenen Bereich.

Der Leiter der Abteilung Infektions- und Umwelthygiene des Gesundheitsamtes, Herr Prof. Dr. Wiesmüller, beantwortet die Fragen wie folgt:

zu a)

Die Informationen zur Strukturqualität würden nachgeliefert.

Einschub: Die erfragten Informationen zu diesem Punkt werden hier in Tabellenform zur Niederschrift dargestellt:

QZ 10 Sicherstellung der Strukturqualität		
Schriftliche Fixierung der Organisationsstruktur für das Hygienemanagement im Krankenhaus		0,5 QP <input type="checkbox"/>
Mind. 1x halbjährlich Einberufung der Hygienekommission		0,5 QP <input type="checkbox"/>
Externe(r) / interne(r) Krankenhaushygieniker/in: Festlegung der Aufgaben, Stellung und Befugnisse		0,5 QP <input type="checkbox"/>
Hygienebeauftragte Ärzte / Ärztinnen: Festlegung der Qualifikation, Aufgaben, Rahmenbedingungen Ermittelter Bedarf ___(Anzahl) Tatsächlich vorhanden____(Anzahl)		0,5 QP <input type="checkbox"/>
Hygienefachkräfte: Festlegung der Aufgaben, Befugnisse, Rahmenbedingungen Ermittelter Bedarf ___(Anzahl) Tatsächlich vorhanden____(Anzahl)		2 QP <input type="checkbox"/>
Hygienebeauftragte in der Pflege: Festlegung der Aufgaben, Befugnisse, Rahmenbedingungen Ermittelter Bedarf ___(Anzahl) Tatsächlich vorhanden____(Anzahl)		<input type="checkbox"/>
Gesamtpunktzahl QZ 10		/4

zu b)

Der Arbeitskreis Labore diene dem fachlichen Austausch aller Labor im mre-Netzwerk Regio Rhein-Ahr. Aktuell werde in diesem Arbeitskreis die unterschiedliche Vorgehensweise bei der Antibiotika-Resistenz-Testung abgestimmt, die bisher zu einer unterschiedlichen Bewertung von 3- bzw. 4-MRGN ((multi-resistente gramnegative Keime) führe und die Entscheidung zur Isolierung von Patienten mit 3-MRGN erschwere. Der Arbeitskreis Labore werde über Herrn Professor Exner an das RKI mit einer Empfehlung zur einheitlichen Testung und Bewertung von 3-MRGN und 4-MRGN herantreten, um hierzu eine belastbare Klärung herbeizuführen. Dies unterstreiche die Bedeutung dieses Arbeitskreises im mre-Netzwerk.

zu c)

Der niedergelassene Bereich werde in die weiteren Vernetzungsprozesse in der Stadt Köln im Laufe des Jahres 2014 mit einbezogen.

Da im Bericht von einwöchigen Screenings die Rede sei, fragt SB Frau Barion nach, ob festgelegt sei, wie die Krankenhäuser mit Screenings umgehen müssten. Herr Prof. Dr. Wiesmüller teilt mit, dass es keine Festlegung gebe und die Krankenhäuser selber entschieden, wie sie damit weiter umgehen würden. Die Tendenz ginge allerdings in Richtung Vollscreening.

SE Herr Dr. Theiso fragt nach einer Klinik, in der es Probleme mit MRSA gebe, obwohl dieses Krankenhaus gesiegelt sei.

Herr Prof. Dr. Wiesmüller teilt mit, dass diese Problematik als nächster Schritt bei den jährlichen Krankenhausbegehungen (sofern dies bei der derzeitigen Personaldecke durchführbar sei) berücksichtigt würde. Eine Siegelung schütze grundsätzlich nicht vor Problemen mit multiresistenten Keimen. Die erforderlichen Maßnahmen und damit

auch Siegelungsinhalte müssten auch umgesetzt und gelebt werden.

RM Herr Dr. Strahl fragt nach, ob in diesen Überlegungen auch die Senioreneinrichtungen eine Rolle spielten.

Herr Prof. Dr. Wiesmüller informiert, dass dies ein entscheidender Punkt sei. In 2014 stehe bei den Aktivitäten des mre-Netzwerks der Start der Siegelung aller Heime im Vordergrund. Dies betreffe in Köln ca. 250 Einrichtungen.

**6.5 “Köln für Kinder- Das Netzwerk für Schwangere und Familien“ im Kontext der frühen Hilfen.
Aufbau des „Wiki Köln für Kinder“, als Informations- und Kommunikationsplattform für die Fachkräfte des Netzwerkes.
0335/2014**

SB Frau Houben fragt zum Verständnis nach, ob „Wiki“ hier für etwas Ähnliches wie Wikipedia stehe.

Dieses wird bejaht.

7 Mündliche Anfragen

Keine

Schmerbach

Ausschussvorsitzende

Kaune

Schriftführer